



Pressemitteilung

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.

Sieben statt 19 Prozent Mehrwertsteuer auf Gastfreundschaft

Grundsatzrede von Ulrich N. Brandl, Präsident des DEHOGA Bayern,
anlässlich des Frühjahrsempfangs 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wollen Sie wissen, welche Fragen mich in den letzten Tagen bewegt haben?

Was habe ich da nur angestellt? Kam die Idee, die Einladung zum heutigen Tag zu kurzfristig? Oder war sie zu mutig? Und ist es in der derzeitigen Situation der richtige Zeitpunkt für eine solche Veranstaltung? Kommt denn überhaupt einer? Und, und, und...

Andererseits muss man sich auch fragen, ist denn Konsequenz etwas Schlimmes? Ist es schlimm Fakten zu nennen? Schlimm an Wahlversprechen zu erinnern? Denn mit nichts anderem hat meine Rede heute etwas zu tun.

Erst einmal aber gilt mein aufrichtiger Dank meinen Kolleginnen und Kollegen fürs Kommen. Ich weiß, wie viel Ihr alle zu tun habt und wie sehr wir in unseren Betrieben benötigt werden. Ihr steht tagein tagaus, rund um die Uhr in Euren Betrieben und packt an, wo es nur geht. Umso mehr bin ich stolz darauf, dass heute so viele unserer Bitte nach München zu kommen gefolgt sind. Es zeigt mir, wie wichtig Euch dieser Termin ist. Deswegen werde ich auch nicht lange um den heißen Brei herumreden, sondern gleich ins Thema einsteigen:

Ein Grundproblem unserer Branche ist doch, dass Themen des Gastgewerbes nur zu gerne ohne Kenntnis der Sachlage diskutiert oder bewusst falsch dargestellt werden. Beispiele hierfür gibt es genügend: Egal ob es um Sperrzeitdiskussion,

Hygienesmiley oder -ampel geht, überall wird polemisiert, populistisch agiert, an der Sache vorbeierargumentiert, mitgeredet – egal ob Ahnung über die konkrete Sachlage vorhanden ist oder nicht.

Würde ich alle Themen in der dafür nötigen Sorgfalt abhandeln, es würde mehrere Stunden dauern. Das möchte ich Ihnen ersparen, außerdem sind alle Fakten in Positionspapieren und Pressemitteilungen dokumentiert und von jedermann nachzulesen. Lassen Sie mich heute lieber über nachweisbare Fakten zur Mehrwertsteuer in der Gastronomie sprechen. Fakten die verdeutlichen, wie unerträglich die Wettbewerbsverzerrung ist, die kein Land einer seiner wichtigsten Branchen – O-Ton vieler Politiker – zumuten sollte und die auch kein Nachbarland seinen Hotels und Gastro-Betrieben zumutet.

Und gestatten Sie mir eine wichtige Bemerkung gleich vorneweg: Niemand wäre eine komplette Überarbeitung des Umsatzsteuerkatalogs und die Abschaffung nachweisbarer Wettbewerbsverzerrung lieber gewesen als uns! Nicht wir, sondern die politisch Verantwortlichen haben das verursacht, was – angeblich – so schlimm ist. Denn das was geschehen ist, war ein bisschen Wahlversprechen einlösen, statt konsequent faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Und dennoch, selbst diese unbefriedigende Teillösung war und ist ein wirksames Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das, was es sein sollte. Sie hier im Zelt und die vielen Kollegen draußen im Land haben das unübersehbar bewiesen und beweisen es jeden Tag auch weiterhin.

Reden wir über die Fakten, darüber, was die Reduzierung der Mehrwertsteuer in der Hotellerie den Gästen, den Betrieben, der Branche, ja dem ganzen Land gebracht und nicht gekostet hat.

Am wichtigsten sind für mich die Vorteile für unsere Gäste, nicht nur weil heute auch viele Gäste zuhören, sondern weil sie es sind, denen unser Bemühen gilt, denn wir sind Gastgeber aus Leidenschaft.

Wir haben in die „Hardware“ investiert und investieren weiter: in neue Zimmer, neue Empfangsbereiche, neue oder größere Wellnessanlagen sowie sonstige moderne Infrastruktur. Wir investieren in Qualitätsstandards, die der Gast aus Österreich und Schweiz kennt. Und hier gilt es zu betonen, dass unsere Kollegen jenseits der Grenze nicht etwa klüger sind, sondern dort hat der Staat schon lange erkannt, wie wichtig beste Rahmenbedingungen für die Tourismusbranche sind.

Wir investieren in unser größtes Kapital, unsere Mitarbeiter. Mehr Mitarbeiter bedeutet mehr Service. Besser geschulte Mitarbeiter bedeuten eine höhere Servicequalität. Und eine bessere Bezahlung motiviert unsere Mitarbeiter zusätzlich. Zugleich erleichtern wir damit den Berufseinstieg in eine der schönsten Branchen der Welt. Denn nichts ist so befriedigend als die Gewissheit Gäste glücklich gemacht zu haben.

Unsere Gäste profitieren z.T. auch von Preissenkungen. Und zwar dort, wo ein noch besseres Preis-Leistungsverhältnis wichtig ist. Denn nicht überall ist das Durchschnittseinkommen so hoch wie hier in München oder anderen Ballungsräumen.

Alles das sorgt bei unseren Gästen für noch mehr Freude an deren Freizeit. Und wir können unseren Gästen auch mal „Danke“ sagen.

Selbstverständlich bringt die Reduzierung der Mehrwertsteuer auch Vorteile für die Unternehmer mit sich. Sie sorgt für die in einer internationalen Branche wie dem Tourismus so immens wichtige Herstellung von Wettbewerbsgleichheit. Endlich kann die deutsche Hotellerie international wieder auf Augenhöhe mithalten.

Zudem wirkt die Mehrwertsteuerreduzierung direkt und unmittelbar. Das ist insbesondere für kleine Unternehmen so wichtig. Nunmehr ist es möglich Eigenkapital aufzubauen und dadurch die Stabilität des Betriebes zu gewährleisten. Auch haben wir Unternehmer eine bessere Verhandlungsposition gegenüber

Banken. Das zusammengekommen sind die Grundvoraussetzungen für Investitionen – auch kleinere – und für konkurrenzfähige Löhne.

Zugleich stärken wir den Betriebsstandort durch indirekte Förderung des Einzelhandels, des Handwerks oder der Landwirtschaft. Denn 40 Prozent aller touristischen Umsätze fließen z.B. direkt in den Einzelhandel. Das wissen viele nicht. Und Hauptauftragnehmer der klein- und mittelständigen Hotellerie ist das heimische Handwerk. Aber auch die Landwirtschaft profitiert von höheren Umsätzen durch verbesserten Absatz hochwertiger, einheimischer Lebensmittel. Und all diese volkswirtschaftlich so positiven Prozesse finden in Regionen statt, aus denen sich andere Branchen schon lange zurückgezogen haben. Unsere Betriebe sind hingegen absolut standorttreu.

Diese – und unzählige weitere positive Effekte beweisen eindrucksvoll, dass sich die Mehrwertsteuerreduzierung für den Staat und damit für jeden einzelnen Steuerzahler am Ende gerechnet hat. Und sie wird sich weiter rechnen. Deshalb kann und darf es für eine faire und weitsichtige Politik nur eine logische Konsequenz geben: Einen reduzierten Mehrwertsteuersatz auch für die Gastronomie!

Dies zumindest solange, solange es die Politik nicht schafft, die Umsatzsteuer auf europäischer Ebene zu harmonisieren und in Deutschland die Benachteiligung gegenüber Bäckern, Metzgern und dem Einzelhandel zu beseitigen. Wir fordern keine Geschenke, sondern gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen. Wettbewerbsbedingungen wie sie in all unseren Nachbarländern herrschen, Wettbewerbsbedingungen die in 24 von 27 EU-Staaten teils schon lange gegeben sind.

Das Argument, es sei kein Geld da, greift nicht und verhöhnt geradezu eine ganze Branche. Als Deutschland in der Krise war, gab es aus deutschen Steuergeldern viel Geld für die Automobilindustrie – nicht nur in Deutschland. Und als die Krise noch größer war, gab es noch mehr Geld für notleidende Banken, die sich auf der ganzen Welt „verzockt“ haben.

In beiden Fällen sei eine Frage erlaubt: Wohin sind innerhalb eines Krisenjahres die, gerade auch von diesen beiden Branchen, über Jahre hinweg mit Stolz geschwellter Brust verkündeten Millionen-, ja Milliardengewinne verschwunden? Und: Welche Konsequenzen hatte diese Zockerei für die Verantwortlichen bei den Banken? Welche Lehren wurden daraus gezogen – außer der Tatsache, dass unsere Betriebe nun noch schwerer an dringend benötigte Investitionskredite für mehr Attraktivität kommen.

Jetzt wo der Aufschwung zumindest in Deutschland da ist, wo die Wirtschaft wieder brummt, soll kein Geld für ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz da sein, das bewiesen hat, dass es sich selbst finanziert? Ein Aufschwung an dem unsere Branche mit den Investitionen, die durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer in der Hotellerie und den damit verbundenen direkten und indirekten Steuerrückflüssen ausgelöst wurden, mindestens so viel Anteil hat wie alle anderen Wirtschaftsbereiche auch. Welche Logik, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat das denn?

Ich sage Ihnen, das ist die gleiche Logik, die Fast- und Junk-Food 7 Prozent Mehrwertsteuer zugesteht und hochwertiges, genussreiches Essen mit 19 Prozent bestraft. Es ist die Logik, die Gäste in Grenzregionen geradezu ins benachbarte Ausland treibt.

Nein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die verantwortlichen Politiker ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass in der Gastronomie die gleichen Investitionsimpulse entstehen wie in der Hotellerie, sich die Service-, Produkt- und Wohlfühlqualität in unseren Betrieben weiter verbessert, sich Betriebe gerade in ländlichen Regionen wieder rechnen und ihrer Rolle im gesellschaftlichen Leben weiter gerecht werden können, dass dem Wirtshaussterben auf dem Land und dem damit einhergehenden Kulturverlust Einhalt geboten wird, dann ist die die einzig logische Konsequenz die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die gesamte Gastronomie und damit das Gastgewerbe insgesamt.

Und anders als eine andere Branche, auf die ich gleich noch zu sprechen komme, fordern wir sie nur solange, solange eine Harmonisierung auf europäischer Ebene und ein Beseitigen der Wettbewerbsverzerrung auf nationaler Ebene nicht gelingt.

Reden wir zum Schluss noch über die Medien und hier insbesondere die Printmedien. Über eine Presse, die seit der Entscheidung vor einem Jahr ein Bild der Entrüstung zeichnet, wie es sie in der Öffentlichkeit, unter den Menschen, wenn man Ihnen die wahren Fakten erläutert, nicht gibt. Einem Pressebereich, der selbst von einem reduzierten Mehrwertsteuersatz profitiert und vehement daran festhält, obwohl sich das Informationsverhalten der Menschen schon lange geändert hat. Printmedien, die in der Industrie die besseren Anzeigenkunden sehen. An ganz- und doppelseitigen 4-farb Anzeigen verdient man einfach mehr, als an unseren deutlich kleineren schwarz-weiß Anzeigen am Wochenende. Einer Presse, die sich der Abhängigkeit von Politikern vom ihrem Wohlwollen sehr bewusst ist und dies, zumindest könnte man den Eindruck gewinnen, für die eigenen Interessen nutzt. Und vor allem denjenigen Pressevertretern, die nicht, wie im Pressegesetz verankert, vor allem berichten, sondern in den allermeisten Fällen nur noch kommentieren, interpretieren, Sätze aus dem Zusammenhang reißen und deren Bedeutung für das eigene Interesse ins Gegenteil verkehren.

Beispiele dafür gibt es genug: Es gibt eine Mövenpick-Spende, die völlig überzogen und falsch dargestellt wird. Hingegen gibt es keine Berichte über die geschilderten, positiven und belegbaren volkswirtschaftliche Auswirkungen in der Hotellerie. Dafür werden nur einseitige Diskussionen um Hotelzimmerpreise entfacht, die die Fakten ebenfalls außer Acht lassen.

Der schreibenden Zunft, die so agiert, sei Folgendes gesagt: Wer Politik machen will, soll in die Politik gehen und sich nicht hinter einer Tastatur und dem Deckmantel einer mitnichten objektiven Berichterstattung verstecken.

Umso mehr möchte ich persönlich, und ich bin mir sicher auch im Namen von Ihnen allen, ausdrücklich den Journalisten danken, die ihrem Berufsstand Ehre bereiten indem sie die Themen sachlich, unvoreingenommen und fair beleuchten.

Ich möchte ein ehrliches Dankeschön auch den Politikern sagen, die trotz aller Angriffe zu Ihrem Wahlversprechen stehen und denen Fakten bei Ihrer politischen Abwägung mehr bedeuten, als eigennützige, mediale Hetze. Und ich nenne sie auch beim Namen: Dieser Dank gilt vor allem der CSU und der bayerischen FDP.

Den politisch Verantwortlichen, die offenbar vergessen haben, was sie uns vor der Wahl versprochen haben, uns trotz der dargelegten Fakten erklären wollen, dass kein Geld da wäre. Diejenigen, die einfach negieren, dass die Fakten eindeutig für unsere Forderung sprechen – denen möchte ich auch etwas mit auf den Weg geben: Wir können, wenn alle Fakten und Argumente nichts helfen, auch noch eine andere Sprache an den Tag legen. Wir haben schon einmal für unsere berechtigten Forderungen gekämpft und wir werden es notfalls wieder tun.

Wir alle, unser Bundesverband, unsere Kollegen in den anderen Bundesländern, Präsidiale und Großer Vorstand des DEHOGA Bayern und die Kollegen in den Bezirken und Kreisverbänden werden – wenn es nicht anders geht – noch einmal zeigen, dass wir uns mit dem Verweis „auf leere Kassen“ nicht mehr abspeisen lassen. Wir werden zeigen, dass die Zeiten in den man nach Belieben so mit uns umspringen konnte, spätestens seit Abwrackprämie und Bankenrettungsschirm ein für alle Mal vorbei sind!

Herzlichen Dank.

*- Ende der Ansprache -
- Es gilt das gesprochene Wort -*